

Das Wochenmagazin der SPÖ - www.spoe.at



Aktuell

27. Februar 2009 - Nr. 8 - 0,73 Euro



Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg

Gemeinsam zum Erfolg



Dieses Wochenende steht ganz im Zeichen der Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg. Mit Spannung blicken wir dem Wahlsonntag am 1. März entgegen. Und das nicht nur, weil es in Kärnten ein Kopf-an-Kopf-Rennen gibt und erstmals seit vielen Jahren mit Reinhart Rohr ein Sozialdemokrat reelle Chancen hat, den Sitz des Landeshauptmanns zurückzuerobieren. Auch in Salzburg zählt jede Stimme, um aus einer Position der Stärke heraus die Ziele Gabi Burgstallers für ein moderneres und gerechteres Salzburg zu erreichen. Im Interview erläutern die beiden SPÖ-Spitzenkandidaten jeweils ihre politischen Vorstellungen für ihr Bundesland – im Mittelpunkt steht für beide der Kampf um Arbeitsplätze, der Ausbau des Gesundheitssystems und die Sicherung der Pensionen.

Die prägendste Person der sozialdemokratischen Frauenpolitik ist zweifelsohne Johanna Dohnal. Die erste Frauenministerin Österreichs hat die Gemüter und das Rollenverständnis von Männern und Frauen bewegt, wie sonst kaum jemand. Am 14. Februar wurde Johanna Dohnal 70 Jahre alt. Die Sozialdemokratie, allen voran die SPÖ-Frauen, gratulierten ihrer Grande Dame mit einer festlichen Matinée im Wiener Volkstheater.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Landtagswahl Kärnten	4
Landtagswahl Salzburg	6
Postämter	9
Geburtstagsmatinée für Johanna Dohnal.....	10
AK-Wahl Tirol.....	13

Schweden und Österreich für Unterstützung Osteuropas

Zu einem Arbeitsgespräch empfing Bundeskanzler Werner Faymann am Montag den schwedischen Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt. Schweden übernimmt im zweiten Halbjahr 2009 die EU-Präsidentschaft, auf der Arbeitsagenda der Schweden stehen die Zukunft des Lissabon-Vertrages, das Treffen von Kopenhagen, wo es um den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien gehen soll, und die Bekämpfung der internationalen Kriminalität. Einig waren sich Faymann und Reinfeldt, dass man den ost- und südosteuropäischen Staaten in Zeiten der Wirtschaftskrise Unterstützung zukommen lassen müsse.

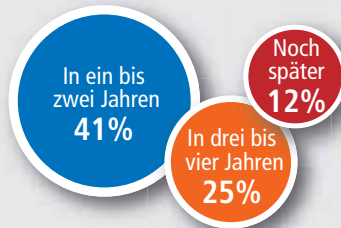
Immerhin, so Faymann, habe ganz Europa in den vergangenen Jahren vom schnellen Wirtschaftswachstum in der Region profitiert, nun müsse man auch „in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für Stabilität eintreten“.



Bundeskanzler Werner Faymann und den schwedischen Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt

THEMEN DER WOCHE

Wann wird es mit unserer Wirtschaft wieder aufwärtsgehen?



N=600 | Quelle: IMAS | Grafik: SPÖ

Optimismus: Krise soll bald vorbei sein

In ein bis zwei Jahren wird es mit unserer Wirtschaft wieder aufwärts gehen, so optimistisch gehen 41 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher in die Zukunft. 25 Prozent hingegen glauben, dass die Krise noch drei bis vier Jahre anhält. Pessimistisch sind 12 Prozent: Sie geben an, die Wirtschaftskrise dauere noch länger an. 22 Prozent wollten keine Angaben machen.



Fotolia

Neue Mopedausbildung wegen zu hoher Unfallzahl

Von 2003 bis 2007 verdoppelte sich die Anzahl der 15-jährigen verletzten MopedfahrerInnen. Konkreter Handlungsbedarf für Infrastrukturministerin Doris Bures: Sie will die Mopedausbildung nun dahingehend verändern, dass die FahrschülerInnen eine zweistündige begleitete Fahrpraxis im Straßenverkehr absolvieren müssen. Weiters soll die Ausbildung für alle Altersgruppen vereinheitlicht werden, denn derzeit müssen ab 16 Jahre keine Fahrstunden mehr absolviert werden, ab 24 gibt es überhaupt keine Voraussetzungen mehr für den Mopedschein.

Zitat der Woche

„Jeder Wahlausgang bringt natürlich immer Impulse für die gesamte politische Szene, vor allem auf die Stimmung unter den Funktionären. Aber die Partnerschaft in der Bundesregierung ist gefestigt, die lässt sich nicht so leicht erschüttern.“

**Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

Eigene Reisepässe auch für Kinder



Spöla

Die EU hat beschlossen, dass ab 2012 auch Kinder unter 12 Jahren eigene Reisepässe besitzen sollen, die Eintragung in den Pass der Eltern soll dann Geschichte sein. Hintergrund der Maßnahme ist, dass

man dem Kinderhandel Einhalt gebieten will, mit einem eigenen Pass ist die Identität der Kinder besser kontrollierbar. SPÖ-Europasprecherin Elisabeth Grossmann begrüßt die neue Bestimmung zum Schutz der Kinder, allerdings möchte sie verhindern, dass den Eltern durch die Reisepässe für den Nachwuchs neue Kosten entstehen. Sie fordert daher eine familienfreundliche Lösung, denn „Familien sind bereits genug belastet“.



Zimmer

Mit voller Kraft für Salzburg und Kärnten!

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg sprechen viele KommentatorInnen von Testwahlen. Ein Test, den die SPÖ nicht zu scheuen braucht.



Bilderbox

Ob Werner Faymann und sein Team, oder die Sozialdemokratie in Kärnten und in Salzburg, in allen Fällen präsentiert sich die SPÖ als die politische Kraft, die bei den Menschen und ihren Sorgen ist.

Die Voraussetzungen für die Landtagswahlen am kommenden Sonntag sind gut. Ob Werner Faymann und sein Team, oder die Sozialdemokratie in Kärnten und in Salzburg, in allen Fällen präsentiert sich die SPÖ als jene politische Kraft, die bei den Menschen und ihren Sorgen ist. Unser volles Engagement zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Stärkung der Konjunktur und zur Entlastung der Bevölkerung wird auf allen Ebenen entschlossen umgesetzt. Anstatt die wirtschaftliche Krise für politisches Kleingeld zu nutzen und mit Angstparolen durchs Land zu ziehen, erarbeitet die SPÖ konkrete Konzepte, damit die schlimmsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Bevölkerung aufgefangen werden können.

Landeshauptfrau Gabi Burgstaller hat in Salzburg die Politik seit ihrem fulminanten Wahlsieg vor fünf Jahren grundlegend verändert. Bei Gabi Burgstaller und ihrem Team spürt man einen neuen politischen Stil. Salzburg ist grundlegend entstaubt. Das Klima ist moderner, konstruktiver und unmittelbar greifbar. Bei meinen Besuchen

in Salzburg ist eines klar merkbar: Man spürt, dass Gabi Burgstaller in einen Raum kommt, noch bevor man sie sieht. Ihre offene Art und ihr unverfälschter Zugang zu den Menschen hat sich bewährt und kommt an. „Salzburg schaut nach vorn!“ nennt sich das Wahlprogramm der Salzburger SPÖ, das sich den zentralen Zukunftsfragen der SalzburgerInnen für die kommenden fünf Jahre widmet. Im Zentrum stehen dabei die Fragen nach Arbeitsplatzsicherheit, der Gesundheit der Menschen, der Förderung von Familien, der Jugendkriminalität und dem Wohnen. Das bisherige Erfolgsmodell einer sozialdemokratischen Regierung unter Landeshauptfrau Gabi Burgstaller soll damit weitergeführt werden in Richtung eines moderneren und gerechteren Landes Salzburg.

Ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen zeichnet sich für Kärnten am Wahlsonntag ab. Reinhart Rohr, der im Sommer vergangenen Jahres die SPÖ als Vorsitzender übernommen hat, setzt auf einen sauberen Wahlkampf, bei dem das bessere Programm zählt – ohne Hick-Hack und Pole-

mik. Während sein direkter Konkurrent für das Amt des Landeshauptmannes sich der Öffentlichkeit mit ungünstigen Witzchen aus der untersten Schublade präsentiert, spricht Rohr die Menschen direkt an und zeigt, dass er die richtigen Prioritäten setzt. Er verzichtet auf falsche Versprechungen und legt mit seinem 5-Punkte-Programm seine Vorhaben klar auf den Tisch – Arbeit, beste Ausbildung, leistbares Leben und Wohnen, gesicherte Pensionen und hochwertige Gesundheitsversorgung. Österreich braucht Kärnten. Bei meinen Gesprächen in Kärnten habe ich gespürt, dass dieses Konzept aufgeht. Die KärntnerInnen vertrauen der SPÖ – z.B. gerade in der Gesundheitspolitik. Und natürlich ist und bleibt die Arbeitsplatzbeschaffung das Thema Nummer 1. Rohr und sein Team verzichten auf Inszenierungen, er hat seinen Wahlkampf auf den direkten Kontakt angelegt. Besonders die zahlreichen roten Bürgermeister machen die Kärntner SPÖ so schlagkräftig.

Die neue Politik, für die die SPÖ steht, kann nur auf allen Ebenen geschehen; auf Bundesebene, aber auch in den Ländern, Gemeinden und Bezirken.

Die neue Politik, für die die SPÖ steht, kann nur auf allen Ebenen geschehen; auf Bundesebene, aber auch in den Ländern, Gemeinden und Bezirken. Wesentlich dafür ist es, offen auf die Menschen zuzugehen, sie ernst zu nehmen, ihre Bedürfnisse in den Vordergrund zu stellen und eine Politik ohne Zank und ohne falsche Versprechungen zu machen. Gabi Burgstaller, Reinhart Rohr und ihre Teams tun dies auf beeindruckende Weise.

Ich wünsche auf diesem Wege allen Kärntner und Salzburger GenossInnen viel Erfolg für den Endspurt der Wahlauseinandersetzung und einen schönen sozialdemokratischen 1. März. ♦

Volles Rohr für den



In unserem südlichsten Bundesland muss nach Meinung von Kärntens SPÖ-Spitzenkandidat Reinhart Rohr „nicht alles anders, aber vieles besser gemacht“ werden. Der Superwahlsonntag am 1. März bietet dazu die große Chance.



Kärnten braucht den Wechsel – Kärntens SPÖ-Spitzenkandidat Reinhart Rohr kämpft mit voller Unterstützung von Bundeskanzler Werner Faymann dafür.

marktpolitik) und dem „Absolventen-Beschäftigungsprogramm“ hat die Kärntner SPÖ bereits wichtige Maßnahmen gesetzt, die entschlossen fortgeführt werden, damit „Arbeit vor Ort, von der die Menschen leben können“, möglich ist.

Wechsel jetzt

Während sich das BZÖ ausgiebig mit der Vergangenheit beschäftigt und sich BZÖ-Landeshauptmann Gerhard Dörfler an den wahren Sorgen und Bedürfnissen der Menschen „vorbeiwirbelt“, packt Reinhart Rohr die großen Herausforderungen an. „Denn wir haben uns“, bekräftigt Kärntens SPÖ-Spitzenkandidat, „an den Sorgen der Menschen zu orientieren.“ Daher muss jetzt auch die wirtschaftlich unsichere Situation, die soziale Sicherheit und das Thema Arbeit im Vordergrund stehen. Und es müsse auch endlich Schluss sein mit der Geldverschwendungs- und Eventpolitik, die Kärnten hinsichtlich der Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Daten immer stärker in Bedrängnis gebracht hat. Rohr dazu: „Wir brauchen einen Systemwechsel – und wir brauchen ihn jetzt. Mein Programm ist – im Gegensatz zu dem des politischen Mitbewerbers – in die Zukunft gerichtet, denn dafür müssen wir alle die Verantwortung tragen.“ Hierzu gehört, meint Rohr, auch die „Abkehr vom Streit, denn ich bin jemand, der im Dialog leben will, denn da können wir am meisten erreichen.“

Volle Unterstützung von Faymann

Volle Unterstützung hat Reinhart Rohr von Bundeskanzler Werner Faymann erhalten, der im Zuge seiner „Bei den Menschen und ihren Sorgen“-Tour mehrmals in Kärnten Station machte. Ob bei Betriebsbesuchen, auf Fest- oder Wahlkampfveranstaltungen oder im direkten Gespräch – überall haben Faymann und Rohr unisono verdeutlicht, dass die SPÖ immer auf der Sei-

Exakt 443.449 KärntnerInnen sind es, die am 1. März bei den Landtags-, Bürgermeister- und Kommunalwahlen über die Zukunft Kärntens entscheiden. Landesweit rittren sechs Parteien um die Gunst der Wähler, gewählt werden 36 Abgeordnete zum Kärntner Landtag. Alle Umfragen gehen von einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem BZÖ und der SPÖ aus, die mit ihrem Spitzenkandidaten Reinhart Rohr und seinem tagtäglich gelebten Motto „Volles Rohr für Kärnten“ einen fulminanten Aufholprozess gestartet hat.

5 Punkte für Kärnten

Von Anfang an hat Rohr dabei genau jene Themen aufgegriffen, die für die Menschen von entscheidender Bedeutung sind. Hier geht es um die beste Ausbildung und Jobs für die Jugend und um leistbares Leben und Wohnen genauso wie um gesicherte Pensionen und eine hochwertige

Gesundheitsversorgung. Thema Nummer Eins aber ist und bleibt für Rohr – auch über den 1. März hinaus – die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Das ist auch absolut notwendig, zeigen doch aktuelle Zahlen des AMS, dass in Kärnten der stärkste Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beklagen ist.

„Wir haben uns an den Sorgen der Menschen zu orientieren.“

Kärntens SPÖ-Spitzenkandidat
Reinhart Rohr.

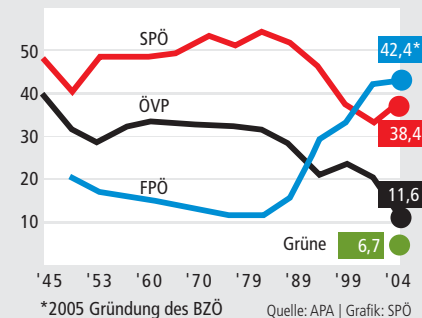
Voller Einsatz für Arbeitsplätze

Für Reinhart Rohr ist daher klar: „Unser volle Aufmerksamkeit gilt den 27.000 Arbeitslosen und jenen, die von Kurzarbeit betroffen sind.“ Mit dem „Kraftakt“ für Kärnten (54 Millionen Euro für die Arbeits-

Wechsel in Kärnten

LT-Wahl Kärnten seit 1945

Stimmenanteile in %



Stimmenanteile in Prozent bei den Kärntner Landtagswahlen seit 1945.

te der ArbeitnehmerInnen steht. „Das Wichtigste ist ja, dass man in der jetzigen Situation einen Job hat“, sagt Rohr und der Bundeskanzler hat wiederholt klargestellt, dass es ihm „allemaal lieber ist, Kurzarbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren“.

Chance, Erster zu werden

Am Abend des 1. März wird sich zeigen, wer aus dem Kopf-an-Kopf-Rennen als Erster hervorgeht. Das BZÖ, das sich mit der Vergangenheit und ungünstigen Witzten beschäftigt, oder die SPÖ, die die wahren Probleme der Menschen aufgreift. Reinhart Rohr sieht dem Wahlabend mit Optimismus entgegen: „Wir sind auf der Überholspur, weil wir glaubwürdig die richtigen Themen angehen.“ Und auch eine aktuelle Marktforschung stimmt optimistisch: Demnach glauben 54 Prozent der Befragten, dass die SPÖ wieder die Chance bekommt, den Landeshauptmann zu stellen. ♦

Landtagswahl Kärnten

Wahlberechtigte 443.449
 SPÖ-Spitzenkandidat: **Reinhart Rohr**
 Landeshauptmann: **Gerhard Dörfler** (BZÖ)
 Ergebnisse 2004 (in Prozent):

FPÖ*	42,4
SPÖ	38,4
ÖVP	11,6
Grüne	6,7

INTERVIEW

„Wir befinden uns auf der Überholspur“

Kärntens SPÖ-Spitzenkandidat, LH-Stv. Reinhart Rohr im „SPÖ Aktuell“-Interview über den dringend notwendigen Systemwechsel in Kärnten und über mögliche Koalitionen in der Landesregierung.



SPÖ-Spitzenkandidat Reinhart Rohr

SPÖ Aktuell: Sie stehen am Ende eines sehr engagierten Wahlkampfes – Ihr Resümee?

Reinhart Rohr: Für ein Resümee ist es zu früh, denn unser Motto kann nur lauten: „Volles Rohr bis ins Ziel“. Es ist ein Kopf-an-Kopf-Rennen und wir sind auf der Überholspur. Klar ist daher, dass es jetzt um jede Stimme geht. Wir haben in unserer Wahlbewegung viel Überzeugungsarbeit geleistet: Das höre ich auch draußen bei den Menschen, die mir sagen, dass wir goldrichtig liegen. Denn Eines ist klar: Es muss Schluss sein mit der orangen Freunderlwirtschaft. Was Kärnten jetzt braucht, ist ein Systemwechsel. Die Menschen wollen eine Politik, die mit vollem Einsatz für die Arbeitsplätze kämpft. Und genau dafür stehe ich.

Wie sehen Sie die Chance, dass die SPÖ erstmals seit zwanzig Jahren wieder den Landeshauptmann stellt?

Reinhart Rohr: Die SPÖ befindet sich auf der Überholspur, wir erfahren tagtäglich großen Zuspruch und liegen mit unseren Themen genau richtig. Daher bin ich davon überzeugt, dass wir als Sieger durchs Ziel gehen.

Wo sehen Sie die größten Herausforderungen?

Reinhart Rohr: Dass Kärnten besonders stark unter der Arbeitslosigkeit leidet, ist alar-

mierend. Und auch ein klarer Arbeitsauftrag. Ich habe immer klargemacht, dass für die SPÖ das Thema Arbeitsplatzbeschaffung über den 1. März hinaus Thema Nummer Eins bleiben wird. Daher wird es unter einem Landeshauptmann Reinhart Rohr auch ein eigenes Referat für Arbeit und einen sofortigen Arbeitsmarktgipfel nach dem Wahlsonntag geben. Aber auch für die anderen Herausforderungen – von der Pensionssicherung bis zur Gesundheitsversorgung – haben wir mit unserem 5-Punkte-Programm die besten Antworten.

Können Sie sich vorstellen, Gerhard Dörfler zum Landeshauptmann zu machen?

Reinhart Rohr: Nein, denn Dörfler besitzt das Format dazu nicht, wie er in den vergangenen Monaten immer wieder deutlich gezeigt hat. Statt sich der Sorgen der Menschen anzunehmen, witzelt Dörfler auf unterstem Niveau. Damit ist für mich kein Staat zu machen.

Welche Partei sehen Sie als möglichen Partner der SPÖ?

Reinhart Rohr: Grundsätzlich sind demokratisch gewählte Parteien aus einer Zusammenarbeit nie auszuschließen. Zu klären ist, mit wem das Beste für Kärnten möglich ist. Bis dahin, werde ich auch weiter „Volles Rohr“ für Kärnten geben, damit wir am 1. März als Erster durchs Ziel gehen. ♦

Reinhart Rohr

Geboren am 24. Oktober 1959 in Stockenboi, verheiratet, zwei Söhne, eine Tochter, Wohnort Villach. Der ausgebildete Landwirtschaftstechniker ist seit 1980 in der Politik. Seit 2008 ist Rohr Landesparteivorsitzender der SPÖ-Kärnten und Landeshauptmannstellvertreter.

„Auf Augenhöhe m



Am 1. März geht es für die SPÖ und Gabi Burgstaller um möglichst viel Zustimmung für den eingeschlagenen Weg in Richtung eines moderneren und gerechteren Salzburgs.



Bundestkanzler Werner Faymann unterstützte Landeshauptfrau Gabi Burgstaller mit vollem Engagement im Wahlkampf. Oberstes Gebot für die beiden Vollblutpolitiker: Auf die Menschen zugehen, mit den Menschen reden.

Die SPÖ setzt in Salzburg auf die Persönlichkeit ihrer Spitzenkandidatin Gabi Burgstaller und ihre lösungsorientierte und kommunikative Herangehensweise an Aufgaben und Probleme. „Wer eine unkomplizierte Herangehensweise will, bei der die Lösung eines konkreten Problems wichtiger ist als irgendeine Klientel, der ist bei uns gut aufgehoben“, konstatiert sie und spricht damit

„Trotz der guten Umfragedaten ist noch einiges an Bewegung möglich.“

SPÖ-Geschäftsführer Uwe Höfferer

auch den klaren Unterschied zu den anderen wahlwerbenden Parteien an. „Salzburg braucht eine Frau wie Gabi Burgstaller als Landeshauptfrau: Sie hat eine direkte, offene Art auf Menschen zuzugehen und scheut auch keine Kritik“, charakterisiert

der Bundestkanzler und SPÖ-Vorsitzende Werner Faymann die beste Wahl für die Salzburgerinnen und Salzburger. Das habe Burgstaller bereits in den letzten fünf Jahren als Landeshauptfrau bewiesen: Seit 2004 kann man in Salzburg beispielsweise auf große Fortschritte bei der Gesundheit, Bildung, Arbeitsplätzen oder Kinderbetreuung verweisen. Aber, so der Kanzler bei einer Wahlveranstaltung in Salzburg, es gebe noch so viel zu tun – und mit Burgstaller als Landeshauptfrau soll der eingeschlagene Weg weiter gegangen werden.

Die hervorragenden Umfragewerte geben der Salzburger SPÖ und ihrer Spitzenkandidatin recht. 77 Prozent der Salzburgerinnen und Salzburger haben Vertrauen zu ihrer Landeshauptfrau, die absolute Mehrheit würde sie direkt wählen. Burgstaller setzt auf direkten Kontakt mit der Bevölkerung und Menschlichkeit – und

Zimmer

kommt damit bei den Menschen an. Aber auch bei den Fragen, welcher Partei man die größte Kompetenz bei der Sicherung des Gesundheitssystems, der Unterstützung von Familien, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Lösung von Zukunftsproblemen zutraut, liegt die Sozialdemokratie in Salzburg klar voran.

Es geht um möglichst viel Zustimmung

Es geht nun darum, „möglichst viel Zustimmung für das zu bekommen, was man noch vor hat“, sagt Burgstaller. Und das ist so einiges. Die Salzburger SPÖ hat in den letzten Monaten unter Einbeziehung von



SPÖ Salzburg

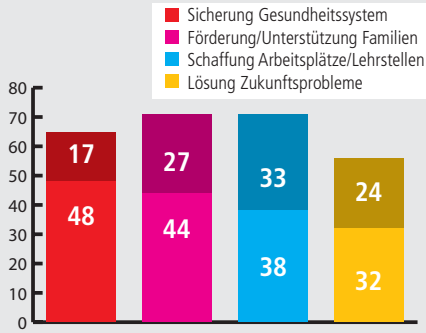
vielen Expertinnen und Experten haben ein umfassendes Programm für die Landtagswahl vorbereitet. Das Themenspektrum reicht von der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bis zum Ausbau der Gesundheitsversorgung. Gabi Burgstaller ist Garant für, dass alles getan wird, damit diese Vorhaben auch umgesetzt werden. Denn: „Wichtig ist, dass wir auf gleicher Augenhöhe mit den Menschen sind und uns dafür einsetzen.“

„Haben ein hoch motiviertes Team“

Mit dem Verlauf der Wahlbewegung zeigt sich Landesgeschäftsführer Uwe Höfferer

it den Menschen“

SPÖ hat die besseren Konzepte



Bestätigt wird die Nummer-1-Position der Sozialdemokraten von einer IGF-Umfrage. In den Bereichen Gesundheit, Familienkompetenz, Arbeitsmarkt und Lösung der Zukunftsprobleme hat die SPÖ deutlich mehr Kompetenz.

insgesamt zufrieden. Seit Beginn der Wahlbewegung hat die SPÖ bei Verteilaktionen und Hausbesuchen an die 200.000 persönliche Begegnungen mit Salzburgerinnen und Salzburgern gehabt. „Unser Team ist hoch motiviert“, stellt Höfferer fest und ist für den Wahlsonntag optimistisch, aber: „Trotz der guten Umfragedaten ist noch einiges an Bewegung möglich. Die SPÖ wird daher bis zum Wahlabend weiter rennen, rennen, um möglichst viele Wählerinnen und Wähler zu gewinnen.“ Umso mehr als der ÖVP-Spitzenkandidat Wilfried Haslauer in mehreren Interviews nicht ausgeschlossen hat, sich auch als Zweiter zum Landeshauptmann wählen zu lassen. „Die Botschaft an die WählerInnen lautet daher: ‚Wer Burgstaller will, muss am 1. März Gabi wählen‘“, so Höfferer. ◆

Landtagswahl Salzburg

Wahlberechtigte 386.068

SPÖ-Spitzenkandidatin: **Gabi Burgstaller**

Landeshauptfrau: **Gabi Burgstaller**

Ergebnisse 2004 (in Prozent):

SPÖ **45,4**

ÖVP 37,9

FPÖ 8,7

Grüne 8

INTERVIEW

„Kampf um jeden Arbeitsplatz hat Vorrang“

Die SPÖ-Spitzenkandidatin und Landeshauptfrau Gabi Burgstaller zu den politischen Herausforderungen, ihren Wahlzielen und ihrer Koalitionspräferenz.



Lehmann

Gabi Burgstaller will bis zum letzten Tag vor der Wahl deutlich machen, wofür sie steht: Arbeitsplätze, Gratiskindergärten, Bildungs-offensive.

SPÖ Aktuell: Wie schätzen Sie den bisherigen Verlauf des Wahlkampfes ein?

Gabi Burgstaller: Nun, nach den Umfrageresultaten liegen wir zwar nicht schlecht, aber um tatsächlich als erster durch's Ziel zu gehen, heißt es, bis zuletzt deutlich zu machen, wofür wir stehen. Die Salzburger SPÖ will, dass Salzburg nach vorne, in die Zukunft schaut. Und wir wollen den Weg der gerechteren Lebenschancen für alle weitergehen. Das klare Bekenntnis zum Kampf um jeden Arbeitsplatz steht hier an vorderster Stelle. Da zeigt sich auch der große Unterschied zwischen der SPÖ und der ÖVP: Die SPÖ arbeitet für Salzburg, die ÖVP zuerst für die ÖVP. Wir kennen nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Themen. Mir sind die täglichen Sorgen der Menschen genauso wichtig. So wird Politik auch menschlicher.

Welche weiteren Ziele gibt es für Salzburg?

Gabi Burgstaller: Unsere zentrale Aufgabe für die kommenden Monate ist sicher der Kampf um jeden Arbeitsplatz. Weitere Ziele sind die schrittweise Einführung des Gratiskindergartens bis spätestens 2014, eine Bildungs-offensive für Salzburg, die Stärkung von Gesundheitsvorsorge und Spit-

zenmedizin sowie der Kampf gegen Jugendkriminalität und Jugendgewalt. Wir werden dabei unseren ruhigen und sachlichen Weg entschlossen weitergehen.

Sollte die SPÖ wieder stimmenstärkste Partei werden, aber keine absolute Mandatsmehrheit erhalten, mit wem werden Sie Gespräche führen?

Gabi Burgstaller: Wenn wir am 1. März wieder stärkste Kraft werden, ist die Nummer 2 unser erster Ansprechpartner. Wir streben eine Koalition mit der ÖVP an. Dabei erwarten wir von ihr mehr Reformbereitschaft als zuletzt. Es gilt nach wie vor: Wir haben zu allen Landtagsparteien eine funktionierende Gesprächsbasis und schließen niemanden von Gesprächen aus. Das war noch nie mein Stil – ich stehe für Kommunikation und Zusammenarbeit. Auch ist es leichter zu verhandeln, wenn man nicht auf Gedeih und Verderb einer Partei ausgeliefert ist.

Was für ein Wahlergebnis erwarten Sie sich für die SPÖ?

Gabi Burgstaller: Ich rechne mit einem Vierter vor dem Ergebnis – alles andere wäre eine persönliche Enttäuschung. Unser Ziel ist es, Erster zu werden und Salzburg weiter moderner und gerechter zu gestalten. ◆

Gabi Burgstaller

Geboren am 23. Mai 1963 in Penetzdorf (OÖ), verheiratet mit Landesrettungskommandant Anton Holzer, Wohnort Hallein. Justizstudium, Konsumentenberaterin in der AK, hat sich als WEB-Skandal-Aufdeckerin einen Namen gemacht. 1994 Wechsel in die Politik. Seit 28. April 2004 die erste Frau an der Spitze Salzburgs.

MANAGERGEHÄLTER

Kompetenz und Integrität sind oberstes Gebot

Die globale Wirtschaftskrise wirft auch die Frage nach der Verantwortung im Management auf.

Es ist nicht einzusehen, dass jene, die durch unverantwortliche Spekulationen eine globale Wirtschaftskrise zu verantworten haben, nun auch noch für ihr Spiel mit dem Feuer belohnt werden. Während weltweit hunderttausende Menschen ihren Job verlieren werden, belohnen sich die Verantwortlichen dieser Kat-

„Manager, die ihr Unternehmen in die Pleite führen, müssen auch die Konsequenzen ziehen und gehen – und zwar ohne Millionenabfertigung.“

astrophe noch mit üppigen Bonuszahlungen“, kritisiert SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. Für Kräuter ist klar: „Gefordert ist nun eine neue Ethik in der globalen Wirtschaft. Die Gier einzelner Finanzeliten darf nie mehr dazu führen, dass die Bevölkerung mit einer Wirtschaftskrise konfrontiert wird, die in dieser Form durch-



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: „Die Wirtschaft bedarf eines Höchstmaßes an Redlichkeit, Integrität und moralischer Grundsätze.“

aus als einmalig bezeichnet werden kann.“

Neben konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise, wird das Erstellen

neuer Spielregeln für die internationalen Finanzmärkte ein weiterer unverzichtbarer Schritt sein, um die Fehler der Vergangenheit zukünftig vermeiden zu können. „Das Wechselspiel von politischer und wirtschaftlicher Freiheit bedarf klarer Regeln“, ist Kräuter überzeugt „und das wiederum bedarf eines Höchstmaßes an Redlichkeit, Integrität und moralischer Grundsätze.“ Gerade angesichts einer weltweiten Wirtschaftskrise ist es wichtig, dass die Unternehmen von fähigen und integren Managern geführt werden. Schließlich hängt unendlich viel von deren Kompetenz und Integrität ab.

Manager, die ihr Unternehmen in die Pleite führen, müssen auch die Konsequenzen ziehen und gehen – und zwar ohne Millionenabfertigung. „In Österreich hat der OGH bereits entschieden, dass Aufsichtsräte persönlich für Abfertigungen haftbar sind. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, so der SPÖ-Bundesgeschäftsführer. ♦

BUNDESHEER

Investitionsoffensive für Kasernen

Unter Verteidigungsminister Norbert Darabos wurde bereits massiv in die Renovierung und den Neubau von Kasernen investiert – und das wird auch in Zukunft der Fall sein.



Verteidigungsminister Norbert Darabos ist das Wohl seiner SoldatInnen das Wichtigste.

APA

Das von Darabos 2007 gestartete Kasernen-Investitionsprogramm war dringend notwendig: Viele Kasernen sind in desolaten Zuständen, wie Bundesheerangehörige im letzten „profil“ berichten – eine Altlast, die Darabos von seinen Vorgängern von ÖVP und FPÖ „geerbt“ hat. In der bisherigen Amtszeit von Darabos (seit 2007) wurden insgesamt 230 Mio. Euro in die Modernisierung und in den Neubau der Bundesheer-Gebäude investiert. Die Kasernen des Österreichischen Bundesheeres sind Arbeitsstätten und Unterkunft für 24.000 Bundes-

heerbedienstete und ca. 30.000 Grundwehrdienern pro Jahr.

Die hohen Investitionen kommen auch der heimischen Bauwirtschaft zu Gute. „Das Bundesheer ist mit seinen Investitionen zweifelsohne ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für Österreich. Von diesen Baumaßnahmen profitieren die Truppe und die heimische Bauwirtschaft. Österreichs Wirtschaft wird angekurbelt und Arbeitsplätze werden gesichert. Gerade vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise ist es daher zweckmäßig, diese Investitionen fortzusetzen“, betont der Minister. ♦

POST

Versorgung sichern, Jobs erhalten

Das Post-Management setzt offenbar weiterhin auf ihr altes Konzept Zusperrern und Jobabbau. Dem erteilt die SPÖ eine deutliche Absage, da dies klar den Absichten der Regierung widerspricht.



Die Post soll weiterhin jeden, was bringen – Versorgungssicherheit ist daher das oberste Gebot.

Zur Erinnerung: Im November 2008 wurde ein internes Strategiepapier veröffentlicht, wonach die Post-Führung bis 2015 rund 9.000 Postler abbauen und von den rund 1.300 Postämtern an die 1.000 schließen will. Dem hat der damalige Infrastrukturminister Werner Faymann umgehend einen Riegel vorgeschoben: Er erließ eine Verordnung, wonach bis Mitte 2009 keine Postämter zugesperrt werden dürfen. Und auf einem Postgipfel ha-

ben sich Eigentümer und Unternehmen damals klar dazu bekannt, dass die zuvor kolportierten Schließungspläne vom Tisch sind. Infrastrukturministerin Doris Bures vertraut darauf, dass diese Vereinbarungen auch eingehalten werden. „Sollte die Post jedoch tatsächlich auf das alte Konzept Zusperrern und Jobabbau zurückgreifen, wäre es an der Zeit, dass die Verantwortlichen in der ÖIAG und der Post von sich aus die Konsequenzen ziehen“, so Bures. Geradezu lächerlich mutet es nun an, wenn sich ausgerechnet FPÖ und BZÖ am lautesten auf-

regen über angebliche Zusperrpläne. Denn die beiden Parteien sind dafür verantwortlich, dass in den letzten Jahren bereits 1.000 Postämter geschlossen wurden (s. Kasten). Seit die SPÖ verantwortlich ist für den Universaldienst, allgemein gesagt, für die Versorgung Österreichs mit Postdienstleistungen, wurden fast keine Postfilialen mehr zugesperrt. Was auch ganz klar das zentrale Anliegen der Bundesregierung ist. „Wir tätigen Rekordinvestitionen und unterneh-

men alles, um in wirtschaftlichen Krisenzeiten Beschäftigung zu sichern und kämpfen im wahrsten Sinne des Wortes um jeden einzelnen Arbeitsplatz“, so Ministerin Bures. „Denn worum es gerade heute, in Krisenzeiten gehen muss, ist der Ausbau und die Stärkung von Infrastruktur, um Österreich als Wirtschaftsstandort die beste Startposition für die Zeit nach der Krise zu geben.“ ♦

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Jahr	Postämter
2000	2.327
2001	2.295
2002	1.670
2003	1.658
2004	1.639
2005	1.338
2006	1.334

Bilanz von FPÖ- und BZÖ-Verkehrs- und Finanzministern -993

2007	1.334
2008	1.305

Bilanz von SPÖ-Verkehrsministern -29

KFZ-ZULASSUNG

Karte statt Schein



Verkehrsministerin Doris Bures

Am Dienstag hat der Entwurf für die Gesetzesnovelle zum Scheckkarten-Zulassungsschein den Ministerrat passiert. „Karte statt Schein“ – dieses Angebot wird es auf Wunsch vieler Autofahrerinnen und Autofahrer nämlich in Zukunft auch für den Zulassungsschein geben. Die Zulassung im Scheckkartenformat stellt eine praktische und handliche Alternative zum normalen Papier-Zulassungsschein dar. Um rund 20 Euro können AutobesitzerInnen künftig entweder bei ihrem Versicherer oder direkt bei der Zulassungsstelle den Zulassungsschein im neuen Format beantragen. Die Daten bleiben gleich wie auf dem bisherigen Papier-Schein, der auch weiterhin bestehen und gültig bleibt. „Alle, die nichts von Plastikkarten halten, können selbstverständlich bei ihrem altbewährten Schein bleiben“, so Verkehrsministerin Doris Bures. Ab Frühjahr/Sommer 2010 kann der neue Scheckkarten-Zulassungsschein beantragt werden. ♦

FORSCHUNG

Generation Innovation

Unter neuem Namen und mit einem erweiterten Angebot wird die Anfang 2008 gestartete Initiative „Forschung macht Schule“ des Infrastrukturministeriums, mit der junge Leute für Naturwissenschaften und Technik begeistert werden sollen, heuer fortgesetzt. Ziel ist es, mit u.a. rund 1.000 Praktikumsplätzen, bis zu 100 Mentoring-Partnerschaften und einem Schwerpunkt „Mädchen- und Frauenförderung in der Technik“, jungen Menschen Chancen und Perspektiven sowie einen Qualifikationsvorsprung zu bieten. Diese sollen auch über ein neues Mentoring-Programm bei der Berufs- und Studienwahl angesprochen werden. Erfahrene Mentoren aus Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie Studierende betreuen die jungen Leute zwischen 15 und 19 Jahren im Schuljahr 2009/10. Bis zu 100 Mentoring-Partnerschaften für Mädchen sind geplant. Außerdem sollen die regionalen Angebote ausgeweitet werden.

Web-Tipp: Mehr Infos gibt es im Internet unter www.generation-innovation.at. ♦



JOHANNA DOHNAL

Frauenpolitikerin im „Unruhestand“

Die Sozialdemokratie feierte den 70. Geburtstag von Johanna Dohnal – mit einer Festmatinée im Wiener Volkstheater.

„Der Kampf gegen die Geschlechterhierarchien muss auch in Zukunft geführt werden.“

Johanna Dohnal



Der Rahmen war festlich und dem würdigen Anlass durchaus angemessen, die Stimmung war herzlich: Die SPÖ gratulierte „ihrer“ Johanna Dohnal.

Für mich ist das Bild der Sozialdemokratie ohne Johanna Dohnal nicht mehr vorzustellen. Neben Bruno Kreisky ist sie eine der ganz großen Gälionsfiguren unserer Bewegung und auch der Republik“, stellte Bundeskanzler Werner Faymann bei seiner Laudatio im Volkstheater fest. Nationalratspräsidentin und SPÖ-Frauenvorsitzende Barbara Prammer erklärte: „Wie Dohnal zu sein, ist ein Begriff geworden. Dieser steht für Frauenrechte und Gleichberechtigung und ist die höchste Auszeichnung für Frauenanliegen.“ Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek würdigte Dohnal als „eine politische Riesin, auf deren Schultern sie heute stehen darf“. Und Bundeskanzler a.D. Alfred Gusenbauer erinnerte daran, dass anfangs die Widerstände gegen Dohnal erheblich gewesen seien. Erst die Nachhaltigkeit der Auseinandersetzung und das Engagement von Johanna Dohnal hätten die Gleichberech-

tigung der Frauen ganz wesentlich voran gebracht.

„Aus taktischen Gründen leise zu treten, hat sich noch



immer als Fehler erwiesen“, ist ein Leitspruch, der Dohnals Politik geprägt hat. 1979 ernannte Bruno Kreisky Dohnal zur Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen. Frauenfragen wurden endlich aus der Familienpolitik herausgenommen und als eigenes Ressort anerkannt. Meilensteine hat Dohnal auch im Kampf gegen

Gewalt in der Familie gesetzt. „Für Frauen ist der vorgeblich sichere Hort der Familie ein sehr gefährlicher Platz: Das Ausmaß an tätlicher Gewalt im privaten Zusammenleben ist ein unvorstellbar großes“, so Dohnal. Anfang der 80er Jahre wurden die ersten Frauenhäuser gegründet und der Frauen-Notruf eingerichtet. Auch die berufliche Gleichstellung und die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen waren und sind Kernelemente der SPÖ-Frauenpolitik. In den 80er Jahren wurde ein Frauenförderungsprogramm im Öffentlichen Dienst ins Leben gerufen. Frauen mit gleicher Qualifikation sollen bei der Einstellung bevorzugt werden. Auch wurden Unternehmen gefördert, die



Fotos: Knie

Mädchen in atypischen Berufen ausbilden.

Johanna Dohnal gilt als unermüdliche und auch oft unbequeme Politikerin, die ihre Ziele immer klar formuliert. Ob Fristenregelung, Partnerschaft, Rollenklischees, Ausbildung, Gleichstellung, soziale Sicherheit – ihre Worte sind Speerspitzen in einer Gesellschaft, in der Frauen aufstehen müssen, um ihr Recht zu bekommen. Von 1990 bis 1995 war Johanna Dohnal die erste österreichische Frauenministerin. Sie ist und bleibt eine Politikerin im Unruhestand: „Mir ist es wichtig, dass die Sozialdemokratie weiterhin in Bewegung bleibt. Dazu brauchen wir auch weiterhin die feministische Analyse. Der Kampf gegen die Geschlechterhierarchien muss auch in Zukunft geführt werden.“ ♦

Kurzgeschichten

Es gab keinen Sex im Sozialismus

Goodbye, Lenin! Hier kommt der Sozialismus, wie Wladimir Kaminer ihn sieht.

Das Leben ist voller Missverständnisse und Irrtümer, vor allem hinsichtlich der untergegangenen Heimat von Wladimir Kaminer. Er selbst hatte lange keine Ahnung, wie schlecht die restliche Welt auf diese Diktatur zu sprechen war. Die Sowjetunion war für ihn ein Land voller Überraschungen und Abenteuer, vom Kauf eines Neuwagens über die lebensgefährlichen Feierlichkeiten zum Tag der Kosmonautik bis zur täglichen Jagd nach Schnäppchen wie Brillen, Nasentropfen

und Steppenschildkröten aus Kasachstan. Dass es keinen Sex im Sozialismus gab, ist natürlich nur einer der Irrtümer, die in diesem Buch auf hinreißend komische Art auf die Müllhalde der Geschichte befördert werden.

Kaminer, 1967 in Moskau geboren, lebt seit 1990 in Berlin. Er schreibt Texte für verschiedene Zeitungen und Zeitschriften, mit seinem Erzählband „Russendisko“ avancierte er zu einem der beliebtesten und gefragtsten Autoren Deutschlands. ♦

☐ Stk.


Wladimir Kaminer:

Es gab keinen Sex im Sozialismus.

Goldmann Verlag, München
2009; 236 Seiten, 9,20 €

Prosa

Der Gnadenbrotbäcker

Ein skurriles Bilderbuch über wirklich unwirkliche Berufe – hingestellt in sonderbare Welten und historische Szenarien.

In 27 Prosaminiaturen entfaltet Herbert Rosendorfer sein phantastisch-ironisches Panorama seltsamer Berufe, deren Erinnerungsraum vom Prager Fenstersturz oder der Seeschlacht bei Trafalgar über das 20. Jahrhundert bis herauf ins Heute reicht. Da finden sich so entlegene Berufe wie der Gnadenbrotbäcker, der Gau-seppl, der Holzbischof, der Unsittenstrolch, der Kalauer, der Freiluftist, der Wortbeugel oder der Kippenberger. Ähnlich wie in historischen Gildebüchern verankert der

Autor seine Figuren in phantastischen Chroniken: Er berichtet etwa vom Aufkommen der Holzbischöfe zur Zeit der Ersten Völkerjause und der wundersamen Ablassvermehrung durch Dionysius von Jochberg; vom Freiluftisten, dem Gegenteil des Spazierensitzers, deren Meister vom Fach sich Messner, oder veraltet: Trenker, nennen; oder vom Grasbrunner Gnadenbrotbäcker Eberwulf Ledderhoser, der der obrigkeitlichen Gnadenzuwendung erst seine Backform gab. ♦

☐ Stk.


H. Rosendorfer, K. Voigtmann

Der Gnadenbrotbäcker.

Folio Verlag,
Wien 2009;
89 Seiten, 19,50 €

Sachbuch

Was ist heute links?

Der Neoliberalismus ist in einer schweren Legitimationskrise. Wie es weitergeht, ist offen. Deutsche JungsozialistInnen leisten einen Beitrag für die politische Diskussion der Zukunft.

Was genau heißt es heute, links zu sein? Bedeutet links, für Mindestlöhne und gegen Online-Überwachung zu sein? Ist es links, den Kapitalismus schlecht zu finden? Und was sind die Grundlagen linker Politik? Diese Fragen haben sich die Jusos (deutsche JungsozialistInnen) rund um Franziska Droschel gestellt und über mehrere Monate bundesweit diskutiert. Herausgekommen sind die im Sommer 2008 auf dem Bundeskongress der Jusos vorge-

stellten 63 Thesen für eine Linke der Zukunft. Jetzt führen Politiker wie etwa Franz Müntefering und Persönlichkeiten aus Journalismus, Wissenschaft, Gewerkschaften, Ökologiebewegung und neuem Feminismus die Diskussion weiter und stellen sie so auf eine breitere gesellschaftliche Basis, die für alle von Belang ist, die sich fragen: Was ist heute links? Der Band gibt Denkanstöße für alle, die an einer neuen Gesellschaftsordnung interessiert sind. ♦

☐ Stk.


Franziska Droschel:

Was ist heute links?

Campus Verlag,
Frankfurt/Main 2009;
250 Seiten, 18,40 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



KÄRNTEN

BZÖ-Lehrer wegen Wahlkampf wochenlang nicht in der Schule



Das BZÖ forderte die Abschaffung der Dienstfreistellung für wahlkämpfende Lehrer, gleichzeitig wurden aber BZÖ-Lehrer für mehrere Wahlkämpfe freigestellt.

„Scheinheilig“ ist für SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer die erhobene Forderung des BZÖ-Generalsekretärs Martin Strutz, die er in der kommenden Nationalratsitzung als Antrag einbringen will. Dabei sollen die Privilegien für Lehrer und Beamte, sich für einen Wahlkampf freustellen lassen zu können, abgeschafft werden. Auslöser für die Debatte waren aber gerade zwei Lehrer an der HAK Villach, die ihre Freistellung für den Wahlkampf des BZÖ beantragten. Laut Berichten des Vizepräsidenten des Kärntner Landesschulrates, Rudolf Altersberger, ließen sich diese zwei Lehrer schon bei der Nationalratswahl



Schülerinnen und Schüler müssen ohne Lehrer auskommen: Die sind mit dem BZÖ wahlkämpfen.

freustellen und nun ebenso für die Gemeinderats- und Landtagswahl. Die Freistellung für die EU-Wahl soll laut Medienberichten ebenfalls bereits fix sein. Und auch zuvor sollen schon einige „orange“ Lehrer diese Möglichkeit in Anspruch genommen haben.

Bilderbox

Unseriöses Vorgehen des BZÖ

SPÖ-Bildungssprecher Mayer wies auch auf die vernachlässigte Ausbildung der Schülerinnen und Schüler hin, wenn Lehrer dauerwahlkämpfen. Darüber hinaus bringe das wochenlange Fehlen auch nachhaltige Probleme an der Schule mit sich. „Um nur einen Funken an Glaubwürdigkeit zu besitzen, müsste das BZÖ aber zuerst einmal ihre eigenen Leute aus den Wahlkämpfen zurückziehen“, verlangt Mayer vom BZÖ. ◆



Zimmer

SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer

NIEDERÖSTERREICH

Traiskirchen entlasten



„Den Tatsachen auf den Grund gehen“ wollte SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl gemeinsam mit den SPÖ-Mitgliedern des parlamentarischen Innenausschusses bei einem Besuch des Flüchtlingsheims Traiskirchen.

Einig waren sich alle Beteiligten darüber, dass die Belastungen, denen die Stadtgemeinde Traiskirchen und der Bezirk Baden ausgesetzt sind, auf mehrere Betreuungseinrichtungen aufgeteilt werden müssen. Einigung gibt es nun beim humanitären Bleiberecht. Im Ministerrat wurde beschlossen, dass Menschen, die bereits lange in Österreich leben, gut integriert



SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl mit Mitgliedern des Innenausschusses und SPÖ-Bundesräten auf Besuch im Flüchtlingsheim Traiskirchen.

Schaub-Walzer

sind, gute Deutschkenntnisse vorweisen und sich selbst erhalten können, nun um humanitäres Bleiberecht ansuchen können. Für Bundeskanzler Werner Faymann ist mit dem humanitären Bleiberecht „ein wichtiger Punkt auf Schiene gebracht worden“. ◆

OBERÖSTERREICH

Gratisessen im Kindergarten ist ein Hit



Ab März wird in den Linzer Kindergärten ein Mittagessen angeboten – und das kostenlos.

Dass man mit dieser Maßnahme voll ins Schwarze trifft, zeigt die positive Resonanz der Eltern. 94 Prozent wollen das Gratisessen für ihre Sprösslinge in Anspruch nehmen. „Die SPÖ tritt mit Nachdruck dafür ein, allen Kindern in Kinderbetreuungseinrichtungen ein gesundes, warmes und kostenloses Mittagessen anzubieten. Das ist gut für die Entwicklung und entlastet die Mütter“, stellt LH-Stv. Erich Haider klar. Das Vorbild Linz macht nun Schule, auch andere SPÖ-geführte oberösterreichische Gemeinden wie Traun, Enns, Ansfelden und Steyr wollen zukünftig ein Gratisessen anbieten. ◆



SPÖ OÖ

Mit dem Gratisessen in den Kindergärten hat die SPÖ-Oberösterreich einen vollen Erfolg bei den Eltern gelandet.

ARBEITERKAMMERWAHL TIROL

Mehrheit des ÖAAB brechen



Bei den AK-Wahlen in Tirol 2004 konnte die FSG 24,31 Prozent erreichen. 2009 stehen die Chancen gut, diesen Stimmenanteil auszubauen.

Die Arbeiterkammerwahlen gehen in die nächste Runde: Vom 2. März bis 13. März sind die Tiroler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgefordert, zur Wahlurne zu schreiten, um eine starke ArbeitnehmerInnenvertretung zu wählen. Acht Listen treten in Tirol an, darunter natürlich auch die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG). Für den FSG-Spitzenkandidaten Otto Leist hat es oberste Priorität, die absolute Mehrheit des ÖAAB zu brechen, er will dafür sorgen, dass dessen Stimmenanteil unter 50 Prozent sinkt. Man trete daher mit einem „Team von Experten“ an, das Lösungskompetenz für aktuelle Fragen, wie etwa die drohende Arbeitslosigkeit, biete. In Tirol würden der-

zeit zehntausende Beschäftigte um ihre Arbeitsplätze fürchten, viele von ihnen würden nicht mehr wissen, wie sie ihre nächsten Kreditraten bezahlen sollen, beschreibt Leist die momentane Situation vieler Arbeitnehmer. Er fordert daher von der Arbeiterkammer Tirol, den Mitgliedern mit neuen, wirkungsvolleren Förderungen unter die Arme zu greifen. Des Weiteren will er eine Erhöhung der Bildungsförderung, eine bessere Unterstützung für berufstätige Eltern und die Einführung von zinslosen Überbrückungskrediten für durch Arbeitslosigkeit in Schwierigkeiten geratene Mitglieder.

Die nächsten AK-Wahltermine und FSG Spitzenkandidaten:

AK Oberösterreich: 16. - 28. März 2009

FSG-Spitzenkandidat: AK-Präsident

Johann Kalliauer

AK Steiermark: 19. März - 1. April 2009

FSG-Spitzenkandidat: AK-Präsident

Walter Rotschädl



FSG-Spitzenkandidat Otto Leist will den Tiroler Arbeiterkammermitgliedern durch die Wirtschaftskrise helfen.

AK Burgenland: 23. - 31. März 2009

FSG-Spitzenkandidat: AK-Präsident

Alfred Schreiner

AK Kärnten: 20. - 30. April 2009

FSG-Spitzenkandidat: AK-Präsident

Günther Goach

AK Niederösterreich: 5. - 18. Mai 2009

FSG-Spitzenkandidat: AK Vizepräsident

Herman Haneder

AK Wien: 5. - 18. Mai 2009

FSG-Spitzenkandidat: AK-Präsident

Herbert Tumpel ◆

STEIERMARK

200 Millionen für die Eisenbahn



Um der Wirtschaftskrise entgegenzusteuern, wird kräftig in die Infrastruktur investiert. Auch die Steiermark profitiert ausgiebig von den Investitionen des Bundes.

Rund 700 Millionen Euro hat die Bundesregierung für den Ausbau der ÖBB-Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Bis zum Jahr 2013 sollen in allen Bundesländern weitreichende Verbesserungen der Bahn-Infrastruktur erfolgen. Mit rund 200

Millionen Euro erhält die Steiermark den Löwenanteil des Pakets. Die größten Vorhaben sind dabei die Ausbauten der Bahnhöfe Graz, Bruck/Mur, Leibnitz und Liezen. Das größte Projekt von diesen ist die Adaptierung des Bahnhofes Leibnitz. Mit 82,5 Millionen Euro sollen neue Bahnsteige, Straßenerweiterungen und eine Gebäudemodernisierung finanziert werden. Am

Grazer Hauptbahnhof sollen ebenfalls die Bahnsteige neu gestaltet werden, die Gleisanlagen werden unter Berücksichtigung der vierspurigen Einbindung der Koralmbahn umgebaut, ebenso wie der Lokomotivstandort mit der Werkstätte. Darüber hinaus sind die Errichtung von Ausweichen und entsprechende Bahnhöfe auf der Ostbahnstrecke geplant. Für Infrastrukturministerin Doris Bures ist wichtig, dass von den Baumaßnahmen vor allem lokale Firmen profitieren. Sie präsentierte gemeinsam mit Landeshauptmann Franz Voves das Eisenbahnpaket für die Steiermark. Beide zeigten sich überzeugt, dass diese Investitionen in langfristige Projekte helfen, der Wirtschaftskrise entgegenzusteuern. Auch in den steirischen Gemeinden ist man über die Maßnahmen für die Bahn erfreut. ◆

Frankl



Infrastrukturministerin Doris Bures und der steirische Landeshauptmann Franz Voves präsentieren das ÖBB-Infrastrukturpaket für die Steiermark.



Wilke

Verwaltung modernisieren

Österreichs Städte zeigen, wie es geht: Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger über die Optimierung der Verwaltungsabläufe in Städten und Gemeinden.



Fotolia

„Österreichs Städte und Gemeinden haben in den letzten Jahren sehr viele und sehr erfolgreiche Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung gesetzt, so etwa im Bereich des E-Government.“

Maßnahmen zur Modernisierung der Verwaltung setzen. So wurden 2008 am häufigsten Maßnahmen zur Optimierung von Verwaltungsabläufen, einschließlich der elektronischen Abwicklung mittels ELAK, gesetzt. Nach wie vor einen großen Stellenwert haben Maßnahmen zur Verbesserung des BürgerInnenservices. Verstärkt rückt auch das Thema der Verbesserung von Verwaltungsabläufen – Stichwort „Geschäftsprozessoptimierung“ – in den Fokus der Reformanstrengungen der österreichischen Kommunen.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt der Aufgabenreform besteht in einer einheitlichen und daher bundesgesetzlichen Regelung und einer weitgehenden Dezentralisierung jener öffentlichen Aufgaben, die nahe bei den BürgerInnen und unter Bezugnahme auf regionale Präferenzen, erbracht werden müssen. Österreichs Städte bemühen sich aber auch um vermehrte zwischenkommunale Kooperationen, um die Größenvorteile von Serviceeinrichtungen und Systemleistungen auch den kleineren Umlandgemeinden zu erschließen.

Das Thema Verwaltungsreform ist wieder einmal aktuell. So wie im Regierungsprogramm vorgesehen, werden Arbeits- und Expertengruppen über mögliche Einsparungspotenziale und Konsolidierungsmaßnahmen beraten und Vorschläge erarbeiten. Auch wenn Österreichs Städte und Gemeinden nicht in der eigentlichen Arbeitsgruppe vertreten sind, in den wichtigen Expertengruppen sind die Kommunen vertreten. Denn ohne Einbindung von Österreichs Kommunen kann eine vernünftige Modernisierung der Verwaltung nicht erfolgen. Der Städtebund hat schon in der Vergangenheit eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen. Nun werden wir sie wieder aufs Tapet bringen. Mit dem renommierten KDZ – Zentrum für Verwal-

tungsforschung ist es gelungen, neben den beiden Wirtschaftsforschungsinstituten WIFO und IHS einen kommunalwissenschaftlichen „Spezialisten“ bei der Verwaltungsreform dabei zu haben.

Österreichs Städte und Gemeinden haben in den letzten Jahren sehr viele und sehr erfolgreiche Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung gesetzt, so etwa im Bereich des E-Government. Davon zeugen nicht nur internationale sowie nationale Preise und Auszeichnungen, sondern auch die Zufriedenheit der BürgerInnen mit der Qualität der Leistungen der städtischen Daseinsvorsorge. Regelmäßig vom Österreichischen Städtebund durchgeführte Erhebungen zeigen, dass Österreichs Städte kontinuierlich

Anders als während der Reformdiskussionen der vergangenen Jahre, verlangen die ökonomischen Rahmenbedingungen heute rasch effektive Maßnahmen. Österreichs Städte und Gemeinden sind überzeugt, dass der neuerliche Anlauf zur Reform uns ein Stück weiter bringen wird. Österreichs Städte zeigen seit Jahren, wie es gehen kann! ♦

Dr. Thomas Weninger, 46, ist seit 2006 Generalsekretär des Österreichischen Städtebunds und leitet die Geschäfte der Interessensvertretung der österreichischen Städte und Gemeinden.

TERMINKALENDER

Bis 11. April

Republikausstellung

Im Jahr 2008 feierte die Republik Österreich ihren 90. Geburtstag. Aus diesem Anlass ist im Parlament seit 12. November 2008 eine große Ausstellung zu sehen, die noch bis 11. April 2009 andauert. Unter dem Titel „Republik.Ausstellung 1918/2008“ stehen nicht nur die historischen Wurzeln der Republik im Fokus, auch die weitere Entwicklung Österreichs bis heute – mit allen wesentlichen Kontinuitäten und Brüchen – wird umfassend beleuchtet. Geöffnet ist die Ausstellung von Montag bis Freitag zwischen 9 Uhr und 19 Uhr, sowie an Samstagen zwischen 9 Uhr und 17 Uhr. Mehrmals täglich werden öffentliche Führungen angeboten. Der Ticketpreis beträgt ohne Führung 2 Euro, mit Führung 4 Euro. Kinder und Jugendliche können die Ausstellung kostenlos besuchen. Achtung: An Sitzungstagen des Nationalrats und des Bundesrats, an Feiertagen sowie an Tagen mit großen parlamentarischen Veranstaltungen ist kein Besuch der Ausstellung möglich.

Öffnungszeiten: 9 bis 19 Uhr

Parlament

Dr. Karl Renner Ring 1-3
1010 Wien

2. März

Kälteeinbruch

Das Volksgartenprojekt:

Ausstellung von Margret Kohler-Heilingsetzer. Das Volksgartenprojekt zeigt in inszenierter Fotografie, in Spiegelungen und druckgraphischer Umsetzung ein verschlüsseltes Bild der österreichischen Zeitgeschichte. Den Volksgarten mit seinen umliegenden Gebäuden von Hofburg und Parlament bis zum Rathaus inszeniert die Künstlerin dank der alljährlichen winterlichen Mithilfe der GartengestalterInnen zum Symbol der politischen und sozialen Kälte, des immer wieder aufs Neue zu befürchtenden „Kälteeinbruchs“ in der österreichischen Politik. Die Ausstellung ist bis 30. April 2009 während der Bürozeiten zu besichtigen: Mo-Do, 8-17 Uhr und Fr 8-13 Uhr. Um Anmeldung wird gebeten unter eichinger@renner-institut.at oder 01-804 65 01-36.

Beginn: 18 Uhr

Renner-Institut

Khleslplatz 12
1120 Wien

2. März

Weibliche Genitalverstümmelung – Menschenrechtsverletzung oder kulturelle Tradition?

In dieser Kooperationsveranstaltung der Österreichischen Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung und dem Renner-Institut diskutieren die SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und globale Entwicklung, Petra Bayr, die Autorin und Journalistin Corinna Milborn, der UN-Sonderberichterstatter über das Verbot von Folterhandlungen und Direktor des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Menschenrechte, Manfred Nowak und Mari Steindl, Sozialanthropologin und Geschäftsführerin des Interkulturellen Zentrums.

Beginn 18.30 Uhr

Renner-Institut

Europasaal
1120 Wien

5. März

Die Finanzmarktkrise und ihre Folgen

Seit geraumer Zeit zeichnet sich ab, dass sich die Finanzmarktkrise zu einer globalen Wirtschaftskrise entwickelt, deren Ausmaß und Dauer unterschiedlich eingeschätzt werden. Vor diesem Hintergrund möchten wir im Rahmen dieser Veranstaltung mit Ihnen und Wirtschafts- sowie FinanzmarktexpertInnen diskutieren.

15 Uhr: Begrüßung Herbert Tumpel (Präsident der Arbeiterkammer Wien).

15.15 Uhr: Wirkungsmechanismen zwischen Finanz- und Realwirtschaft - realwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzmarktkrise (Stephan Schulmeister, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung).

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18
Chefin v. Dienst: Mag. Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz, Peter Slawik, Sabine Weinberger
Layout: Thomas Lehmann,
Coverfotos: Zinner (2), SPÖ(2)
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka,
Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,
1014 Wien, Löwelstraße 18
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at
Homepage: www.spoe.at

15.45 Uhr Podiumsdiskussion: Wege aus der Krise – u.a. mit Brigitte Ederer (Siemens), Willi Hemetsberger (ehemaliges Mitglied des Vorstandes der Bank Austria), Hans-Helmut Kotz (Vorstand Deutsche Bundesbank) und Helene Schubert, (Senior Advisor, Oesterreichische Nationalbank).

Beginn: 15 Uhr

Theater Akzent

Theresianumgasse 18
1040 Wien

7. März

Frauenfest

Die Wiener SPÖ-Frauen laden anlässlich des internationalen Frauentags zu einem großen Fest, das unter dem Motto „Wir machen Frauen stark“ stattfindet. Es werden Musik, Kunst und Unterhaltung geboten, unter anderem mit Kabarettistin Andrea Händler, Sängerin Madita und DJane Violetta Parisini. Darüber hinaus diskutieren Vizebürgermeisterin Renate Brauner, die Kandidatin zur AK-Wahl, Barbara Treiber und Michaela Kauer, Kandidatin zur EU-Wahl, über Themen wie Mitbestimmung, Partizipation und Mitgestaltung von Frauen.

Beginn: 16 Uhr

ega

Windmühlgasse 26
1060 Wien

8. März

Matinée zum Frauentag

„Jetzt nicht lockerlassen! – Fairness für Frauen“ – unter diesem Motto laden die SPÖ-Frauen Steiermark anlässlich des Frauentages am 8. März zu einer Matinée nach Sinabelkirchen. Auf dem Programm steht musikalische Unterhaltung mit der Mädchenband Bekstar. Die Kabarettistin Susanne Pöckacker gibt Amüsantes zum Besten und Landeshauptmann Franz Voves, Landesrätin Bettina Vollath und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek diskutieren zum Frauentag. Die Gesprächsleitung übernimmt die Dritte Landtagspräsidentin Barbara Gross. Der Eintritt beläuft sich auf 5 Euro, um Anmeldung wird unter ute.verbeni@spoe.at bis 2. März gebeten.

Beginn: 11 Uhr

Kulturhalle Sinabelkirchen

Sinabelkirchen



Wenzel

Phantasievolle Kostüme und Wirtschaftsfaktor Opernball

Die Faschingszeit ist auch traditionell die Zeit der Fröhlichkeit und phantasievollen Kostüme. Davon konnte sich Bundeskanzler Werner Faymann am Montag überzeugen, als er von über 300 farbenprächtigt kostümierten Schülerinnen und Schülern im Bundeskanzleramt besucht wurde. Nach einer kurzen Hausführung stärkten sich die Kinder bei Faschingskräpfen und Saft. Schon zuvor stand der Höhepunkt der Wiener Faschings- und Ballsaison auf dem Programm: Gemeinsam mit seiner Gattin besuchte Faymann den Opernball (im Bild mit Bundespräsident Heinz Fischer und Gattin), der als das österreichische Ballereignis gilt und auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.



BKA



LPD Salzburg

Salzburg investiert in gute Ausbildung

„Eine gute und fundierte Berufsausbildung ist der Grundstein für den beruflichen Erfolg und deshalb vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besonders wichtig“, betont Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller bei der Eröffnung des Erweiterungsbaus für den Speisesaal des Berufsschülerheimes in Hallein. Im Berufsschülerheim Hallein wohnen derzeit 160 Lehrlinge der Berufsschule für Metallgewerbe sowie 80 SchülerInnen der Höheren Technischen Lehranstalt, der Modeschule und der Wellnesschule.